

Solidarisch Voran! – Für einen sozialistischen Ausweg aus der Krise

Antrag an die Landesmitgliederversammlung der Linksjugend [solid] Hamburg am 07.08.2021

Antragsteller: Landessprecher*innenrat

Gegen Rechts hilft Links

In der gegenwärtigen Krise, also Entscheidungssituation, kommt den Rechten die Rolle zu, das „Weiter So“ von Konkurrenzkampf und Ungleichheit- also der ausbeuterischen, chauvinistischen Normalität zu verteidigen. Dafür eskalieren sie diese, indem sie die hergestellte soziale Ungleichheit zur biologischen oder kulturellen Natur, und die kapitalistische hergestellte Konkurrenz zum ewig Menschlichen erklären. So stützen sie sich auf eben diese umkämpfte Normalität: Auf die imperialistische und rassistische Asyl- und Außenpolitik, auf die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und auf die Restauration in der BRD nach dem deutschen Faschismus: Geschichtsunterricht der den (gerade kommunistischen!) Widerstand auslöst, Wiederaufrüstung sowie Nazistische Kontinuitäten überall, wo man Uniform trägt. Auf den biedereren staatsreuen Bürger und auf den antiintellektuellen Konsumenten.

Doch Menschlichkeit ist stärker, weil der Mensch gesellschaftlich ist und sich nur gemeinsam in Frieden verständigen, seine Umgebung verstehen, gestalten und sich dadurch entfalten kann. Diese Überzeugungen setzten auch das Ende des Zweiten Weltkriegs durch: Am 8.Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht und es war der Tag der Befreiung von Faschismus und Weltkrieg. So kommt es, dass es kein Menschenrecht auf Profit und auch nicht auf Unbehelligtsein gibt – schon aber die Menschenrechte auf Frieden, Bildung, Arbeit und Kultur. Eine der vielen Konsequenzen, aus dem Sieg gegen die deutsche Barbarei, die nicht zuletzt eine ihrer weitreichendsten Verwirklichungen in der DDR fanden. Das wird u.a. deutlich in der größten Theaterdichte weltweit, in der Beendigung von Arbeitslosigkeit, der Solidarität mit antikolonialen und antirassistischen Kämpfen in Lateinamerika und dass der 8.Mai dort ein Feiertag war. Daran wollen wir anknüpfen. In diesem Sinne klären wir auf und lernen von: dem unterschiedlichen Widerstand in Deutschland und Europa und von den antifaschistischen Kräften, die vorher bereits wirkten. Von denen, die sich am Wiederaufbau beteiligten und vor allen die auch in der BRD bis heute für das Menschenrecht und soziale Gerechtigkeit streiten.

Also streiten wir dafür,

- den 8. Mai als Tag der Befreiung zum Feiertag zu machen,
- das Stadthaus zu einem Ort des Lernens über- und Gedenkens an den antifaschistischen Widerstand zu machen,
- den Verfassungsschutz, das KSK und die Bundeswehr abzuschaffen,
- die NPD zu verbieten und
- die Grund- und Menschenrechte zu realisieren.

Klimakampf ist Klassenkampf

Gerade mit Blick auf die gegenwärtige Lage überall in der Welt, ob Überschwemmungen in China, Dürre und Waldbrände in den USA oder die Hochwasserkatastrophe in Deutschland, ist die Klimakrise eines der herausforderndsten Probleme unserer Zeit geworden. Dabei ist klar, dass es so weit nur kommen konnte, weil Kapitalismus und Imperialismus nicht mit Klimaschutz zusammenpassen. Wenn das Ziel des Wirtschaftens für das Kapital ist, nur mehr Kapital zu erzeugen, dann ist es nicht verwunderlich, wenn Land, Mensch und Umwelt in diesem schrankenlosen Steigerungsspiel auf der Strecke bleiben und den Kürzeren ziehen. Allein dadurch, dass 80% des weltweiten CO₂-Ausstoßes durch 90 Unternehmen verursacht wird, ist offensichtlich, dass die Klimakrise auch eine Systemkrise ist. Deshalb kann es auch keine Lösung der Krise im kapitalistischen System geben!

Die soziale Frage und die Klimafrage bilden hier eine unzertrennliche Einheit, und diesen Fragen müssen wir uns vor allem auch international stellen. Das deutsche Kapital hat dabei weitreichenderen Einfluss auf das Klima, als uns oft suggeriert wird. So versprüht Bayer in Brasilien umweltzerstörende Pestizide, Tech-Konzerne betreiben riesige Stauwerke und zerstören dadurch Biotope etc. Um eine Antwort auf die Frage zu finden, wollen und müssen wir als Bevölkerungen vor Ort auch aktiv dafür arbeiten, dass Menschen nicht um ihren Arbeitsplatz bangen müssen, sondern wir Betriebe in sozial-ökologische Produktion konvertieren. Die imperialistische Tradition der Ausbeutung des globalen Südens muss beendet werden! Gleichzeitig können wir uns international das Wissen der Einheimischen zu Nutze machen und sie dabei unterstützen, gerodete Gebiete wieder aufzuforsten, Wälder und Steppen so zu bewirten, wie es den lokalen Gegebenheiten angemessen ist und eine bedarfsgerechte Produktion aufzubauen, die die Umwelt nicht zerstört. So können wir sicher gehen, dass keine globalen Ungerechtigkeiten verstärkt, sondern stattdessen abgebaut werden, dass die soziale Frage nicht als Antagonistin zur Klimafrage auftaucht, sondern im Gegenteil beide die gleiche Lösung verlangen. Die Beendigung der Ausbeutung.

In der BRD kämpfen wir vor allem für einen kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr und einen besseren Ausbau der Mobilitätsnetzwerke, sodass das Auto vor allem in Ballungsgebieten überflüssig wird. Gleichzeitig wollen wir das mit dem Ausbau von Car-Sharing-Netzwerken verstärken und generell öffentliche Forschung an nachhaltiger Energiegewinnung und -speicherung weiter unterstützen und ausbauen. Dadurch wird klar, dass die Antwort auf die Klimafrage nicht vor allem „mehr Verzicht“ ist, sondern dass es viel eher möglich sein wird, mehr mobil zu sein, mehr (kulturellen) Austausch zu erfahren, ein besseres Leben zu führen.

Grundsätzlich geht es darum, auch im Alltag die wahren Klimakiller, die Öl- und Energie- und Chemiekonzerne an den Pranger zu stellen und zu bekämpfen, anstatt durch Konsumkritik die Verantwortung und damit auch die Schuld vermeintlich auf den Einzelnen umzuleiten, wodurch ein Zusammenschluss und ein Angriff der relevanten Akteure untergraben werden soll.

Also streiten wir für,

- die Enteignung und Vergesellschaftung der Energiekonzerne,
- Wiederaufbauprojekte zerstörter Gebiete mit lokaler Bevölkerung,
- Konversion naturzerstörerischer Konzerne hin zu sozialökologischer Produktion
- kostenlosen ÖPNV, umweltfreundliches Bauen, Forschung, Mobilität
- einen neuen New Deal mit massiven Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge und nachhaltige Produktion statt „Schuldenbremse“ und Kürzungspolitik
- demokratische, bedarfsorientierte Gemeinwirtschaft statt Profitwirtschaft

Schlauer aus der Krise – Für demokratische und emanzipatorische Bildung

Es liegt in der Natur des Menschen und ist eine unserer besten Qualitäten, dauerhaft und bewusst lernen zu wollen. Die Verwirklichung dieses Bedürfnis und dieser wesentlich menschlichen Angelegenheit, die Welt verstehen zu wollen, um verantwortlich mit anderen zur Wohlfühlentwicklung Aller beitragen zu können, gelingt in der kritischen Auseinandersetzung mit dem Bestehenden und dem Nachgehen der so kindlich wie erkenntnisreichen Frage „Warum?“. Es ist die Aufgabe von Bildung, tagesaktuell die gesellschaftlichen und persönlichen Fragestellungen zu klären. Wie gelingt es Frieden zu stiften gegen diejenigen, die Interesse am Krieg haben? Wie gelingt es, soziale Gleichheit zu erstreiten gegen jene, die vom sozialen Elend profitieren? Wie wurden bisherige Errungenschaften, wie die bürgerliche Demokratie erkämpft? Und wie kam bzw. kommt es zu dem Widerspruch, dass nach Jahrtausenden langen Auseinandersetzungen, so viel Verfügung über unsere Lebensgrundlage errungen, jedoch weiterreichende Bestrebungen gebremst und bekämpft werden konnten? Grundlage dieser Klärung ist die freie Entfaltung individuellen Erkenntnisinteresses in kritisch solidarische Auseinandersetzung mit anderen Menschen, mit anderen Erfahrungen, anderem Wissen und anderen Auffassungen. Die Schule ist dafür da, uns gemeinsam in die Lage zu versetzen, die Welt und das unmittelbare Umfeld zu verbessern und zur Bildung einer solidarischen Menschheit beizutragen. Eine egalitäre Angelegenheit aller Beteiligten.

Die häufige Vergabe von Noten und die Fixierung auf Prüfungen, die Trennung in gute Schüler, die aufs Gymnasium kommen und schlechte Schüler, die von einer Uni nur träumen können, die unkritische Legitimation der zurichtenden Realität und die kapitalistisch verwertbare Integration in die bestehenden Verhältnisse, die Tatsache, dass jedes fünfte Kind in Hamburg von Armut bedroht ist, die zu wenigen Lehrkräfte und großen Klassen bzw. Vorlesungen, die magere Finanzierung von Bildungseinrichtungen und offener Kinder- und Jugendarbeit sowie die unzureichenden Mitgestaltungsrechte in Schulen, Hochschulen und Ausbildungen stehen im Widerspruch zu so einer Bildung. Die ständige Benotung und Selektion führen zu konkurrenzhaftem Verhalten, Verklemmung und Angst etwas Falsches oder Unerwünschtes zu machen. Die soziale Prekarität verhindert materiell soziale Teilhabe und erschwert gedanklich die Konzentration. Und die Kürzungen in der Bildung hindern alle Beteiligten sich neuen Fragen vertieft und persönlich zu widmen.

Ein neues Maß persönlicher Auseinandersetzung und umfassend demokratischer Teilhabe aller, statt konformer Arbeitsmarktorientierung, steht an.

Also streiten wir für,

- Den Ausbau der demokratischen Mitgestaltung in Schule, Hochschule und Ausbildung. Auch in Bezug darauf, was gelernt wird,
- ausreichendes Bafög für Alle,
- massive Reduzierung von Prüfungen und Noten,
- mehr Seminare und kleine Klassen,
- mehr Studienplätze,
- eine Schule für Alle,
- Ausbau von kostenlosen Sport- und Kulturangeboten an und um Schulen,
- Ausbau von Örtlichkeiten zum Zusammenkommen und
- bedarfsgerechte Finanzierung von Bildungseinrichtungen.